

Bis zur Entmachtung der bernischen, aristokratischen Regierung übten die Pfarrer in den Kirchgemeinden im Auftrag der Regierung eine gesetzgebende und richterliche Funktion aus. Faktisch waren sie Staatsbeamte, mit dem Auftrag, in den Gemeinden für Recht und Ordnung zu sorgen. Im alten Bern waren die Pfarrer in den Gemeinden die einzigen staatlichen Vertreter. Insbesondere mussten die Pfarrer kontrollieren, dass alle Kinder vier Tage nach der Geburt getauft worden sind. War das nicht der Fall, so wurden die Familien gebüsst, weigerten sie sich trotzdem, das Kind zu taufen, so wurden den Familien Haus und Gut weggenommen. Oft blieben den Familien nur noch die Flucht vom bernischen Staatsgebiet.

Im Emmental kontrollierten die Pfarrer regelmässig in den weit verstreuten Bauernhöfen, ob es ungetaufte Kinder gibt. Mit dem Verkünden des Evangeliums hatte das nicht viel zu tun, sondern mit Deutungshoheit und Machterhalt der bernischen Regierung. Aus diesem Grunde war Gotthelf als Pfarrer in Lützelflüh nicht sonderlich beliebt, obschon Gotthelf ein konservativer Liberaler, aber entschiedener Gegner der radikalen Liberalen war. Sein Roman „Anne Bäbi Jowäger“ von 1843/1844 war ein Auftragswerk der bernischen Regierung. Im Emmental gab es Naturheilpraktiker (Quacksalber). Diese waren der aufgeklärten Regierung ein Dorn im Auge. Die Pfarrer waren Handlanger der bernischen Regierung.

Mit der Bundesverfassung von 1848 haben die Kirchen die gesetzgebende und richterliche Funktion und damit auch die Deutungshoheit innerhalb des neuen Staates verloren. Katholische Orte versuchten dies zu verhindern. Für die Gründer der neuen Eidgenossenschaft war aber klar, dass Demokratie nicht möglich ist, wenn die katholische Kirche weiterhin Teil der politischen Macht bleibt. In einer Demokratie hat jeder das Recht, sich gleichwertig einzubringen, niemand nimmt eine höhere Stellung ein. Das war eine radikale Änderung zur feudalistischen Ordnung. Wenn ein Pfarrer in der Predigt seine politische Meinung vertritt, dann haben die Besucher*innen keine Möglichkeit, ihre Meinung einzubringen. Das ist undemokratisch. Aus diesem Grunde ist die Predigt für einen demokratischen Prozess nicht geeignet.

Bis heute haben Menschen die Vorstellung, dass die Pfarrer Statthalter der Deutungshoheit sind, um aus ihr heraus Menschen zu belehren und zu bevormunden. Hier ist wohl auch der Grund zu suchen, weshalb Menschen negativ reagieren, wenn Pfarrer politische Stellung beziehen. Es gibt Stimmen, die der Meinung sind, dass die Konzernverantwortungsinitiative angenommen worden wäre, wenn die Kirchen sich neutral verhalten hätten. Noch heute empfinden Menschen es als Bevormundung, wenn Pfarrer politische Stellung beziehen. Bevormundung ist aber etwas, was in der Demokratie nichts zu suchen hat. Die reformierte Kirche sollte den Mut haben, die Frage zu stellen, ob ein Zusammenhang zwischen politischer Bevormundung und Mitgliederschwund besteht.

1945 half mein Vater den Turnverein Wohlen bei Bern zu gründen. Es gab Stimmen, die der Meinung waren, ein solcher Verein wäre unmoralisch, wenn Männer und Frauen halb nackt turnen würden. Meine Mutter erzählte mir, wie die Bevölkerung vom Pfarrer erwartete, dass er zu dieser Frage Stellung bezieht. Von der Kanzel herab verkündigte der Pfarrer, dass der Turnverein nicht eine schlechte Sache wäre. Hätte der Pfarrer anders Stellung bezogen, so hätte das für meinen Vater gravierende Folgen gehabt: Als Zugezogener wäre er stigmatisiert und ausgegrenzt worden. Der Pfarrer realisierte nicht, dass er 100 Jahre nach der liberalen, demokratischen Verfassung nicht mehr die Deutungshoheit in Anspruch nehmen kann.

Ueli Seiler, Pädagoge, Autor und langjähriger Direktor des Schulinternats Schlössli Ins, erzählte in einem Interview, wie der Pfarrer in Ins ablehnend und negativ sich zur Gründung des anthroposophischen Internates geäussert hat, als seine Eltern 1953 das Schlössli Ins gründeten. Die Folge war, dass die Leute vom Dorf die Strassenseite wechselten, wenn jemand von der Internatsschule durchs Dorf ging. Erst als die Leute sich nach und nach selbst informierten, was die Internatsschule macht, hätte sich die Stimmung geändert und die Schule konnte sich ins Dorfleben integrieren. Beide Beispiele zeigen, wie noch im 20. Jahrhundert die Pfarrer es für notwendig hielten, die Menschen zu bevormunden, obschon sie - wie beim Beispiel in Ins - wahrscheinlich nicht wussten, über was sie urteilen.

Heute müssen wir zuschauen, wie Demokratien in Amerika und Europa in Gefahr sind. Stellung zu einer politischen Frage zu nehmen ist noch keine Leistung. In einer Demokratie geht es darum, in der Gemeinschaft tragfähige Entschlüsse zu finden. Ist das nicht mehr möglich, so ist die Gefahr gross, dass Menschen sich autoritäre Regierungen mit starken Führern wünschen. Für mich gibt es zwischen Stellung nehmen und dem Anspruch auf Deutungshoheit einen entscheidenden Unterschied: Nimmt jemand Anspruch auf Deutungshoheit, so ist ein demokratischer Dialog nicht mehr möglich.

Es könnte eine Aufgabe der Kirche sein, dafür zu sorgen, dass der demokratische Dialog nicht verlorengeht und die Fähigkeit, gemeinsame tragfähige Entschlüsse zu finden, geübt und gefördert wird. Wenn ein Pfarrer seine persönliche politische Haltung predigt, so verbinden dies nach wie vor Menschen mit der Zeit, als die Kirche Teil der feudalistischen Ordnung war. In einer Demokratie gilt es, andere Meinungen zu respektieren und nicht zu stigmatisieren. Einen absoluten Wahrheitsanspruch kann niemand in Anspruch nehmen.

Genau das tun Kirchen heute immer noch. Viele Kirchen und ihre Vertreter nehmen noch heute die Deutungshoheit in Anspruch. Werden mehrere Kirchen oder Konfessionen Teil der politischen Macht, so wird ein Staat praktisch unregierbar, wenn die unterschiedlichen Deutungshoheiten in Konkurrenz zueinander stehen. Genau das war vor der Gründung der neuen Eidgenossenschaft zwischen den katholischen und reformierten Orten der Fall.

Ein aktuelles Beispiel ist der Libanon, wo drei Religionen (Konfessionen) die politische Macht teilen. Libanon ist ein gefallener Staat, weil es praktisch unmöglich ist, den Staat aus drei Deutungshoheiten, die sich gegenseitig bekämpfen, zu regieren. Das gleiche Problem haben wir in Palästina: Sowohl der jüdische Staat wie auch die muslimischen Palästinenser nehmen eine politische Deutungshoheit in Anspruch, die sich gegenseitig ausschliessen. 1848 kamen die Gründer der neuen Eidgenossenschaft in einer vergleichbaren Situation zum Schluss, dass ein Frieden nur mit der Trennung von Staat und Kirche (Religion) möglich ist.

Deshalb bin ich der Meinung, dass ein Pfarrer darauf zu achten hat, dass andere Meinungen respektiert und Menschen nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Nur auf diesem Weg kann unsere Demokratie bewahrt und erneuert werden. Aktuell tut sich in Syrien etwas Bemerkenswertes: Die islamische Gruppierung HTS, die das Regime von Baschar al-Assad stürzte, soll aufgelöst werden. Bis jetzt hätte jede andere islamische Gruppierung ihre Scharia (Gesetzgebung), die sie für einzig richtige hält, allen anderen aufgezwungen. Wäre das passiert, so wäre es unweigerlich zu nächsten Konflikten gekommen. Anscheinend ist der Anführer der HTS, Al-Scharaa, bemüht, mit einer neuen Verfassung einen Staat aufzubauen, in dem keine religiöse Gruppe ausgegrenzt oder sogar bekämpft wird. Für die Christen in Syrien ist das wichtig. Vor dem Krieg lebten 2010 etwa 1,8 Millionen Christen in Syrien! Frieden ist nur möglich, wenn keine Religion die Deutungshoheit in Anspruch nimmt.